

# BOTSWANA 2020

Republic of Botswana

Head of state and government: Mokgweetsi Masisi

Die Ernährungsunsicherheit war nach wie vor weit verbreitet. Als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie wurde ein Gesetz über den Ausnahmezustand eingeführt, das das Recht auf freie Meinungsäußerung weiter einschränkte. Die Polizei setzte politische Aktivisten Folter und anderen Misshandlungen aus. Der Tod durch Erhängen wurde als Strafe für Verbrechen einschließlich Mord beibehalten.

## Hintergrund

Am 2. April erklärte der Präsident den öffentlichen Ausnahmezustand und führte auch Gesetze nach dem Emergency Powers Act ein. Er ordnete eine 28-tägige nationale Sperrung an, die der parlamentarischen Kontrolle unterlag und am 28. April um eine weitere Woche verlängert wurde.

Später in diesem Monat begnadigte der Präsident 149 Gefangene, um die Überfüllung der Gefängnisse während der COVID-19-Pandemie zu verringern. Zwanzig der Freigelassenen waren Berichten zufolge Ausländer. Es war nicht klar, welche Verbrechen begnadigt wurden oder wie lange die Haftstrafen der Gefangenen noch gewesen wären.

## Folter und andere Misshandlungen

Laut der NGO Ditshwanelo (Botswana Center für Menschenrechte) wurde ein 16-jähriger Junge durch ein traditionelles Gericht im Dorf Mahetlwe im Bezirk Kweneng vom stellvertretenden Dorfvorsteher und auf Anweisung der Polizei ausgepeitscht, weil er keine Gesichtsmaske trug.

## Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

Die Ernährungsunsicherheit war nach wie vor weit verbreitet, hauptsächlich aufgrund der wiederkehrenden Dürre. Dies wurde verstärkt durch einen Ausbruch der afrikanischen wandernden Heuschrecke im Februar. Dies betraf in erster Linie Grundnahrungsmittel. Diese Faktoren wirkten sich in Kombination mit Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie, wie Grenzsicherungen, nachteilig auf die Lebensmittelversorgung aus und verschärften die Ernährungsunsicherheit weiter.

Die Auswirkungen von Sperr- und Bewegungsbeschränkungen waren besonders hart für Menschen, die in der informellen Wirtschaft arbeiten und zu den am stärksten von einem sozioökonomischen Schock betroffenen Personen zählen. Sie repräsentieren die Mehrheit der Arbeitnehmer im ganzen Land. Insbesondere betroffen waren diejenigen, die hauptsächlich im Agrarsektor tätig waren sowie Straßenverkäufer.

Im Mai setzte die Regierung das Tragen von Gesichtsmasken in der Öffentlichkeit durch und verhängte eine Höchststrafe von 5.000 BWP (ca. 432 US-Dollar) oder eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren für alle, die gegen die Vorschriften verstießen.

## Freie Meinungsäußerung

Der Emergency Powers Act verbot Journalisten, bei der Berichterstattung über COVID-19 „andere Quellen als den Direktor des Gesundheitswesens oder die Weltgesundheitsorganisation“

zu verwenden. Journalisten, die dies nicht befolgten, wurden mit einer Geldstrafe von bis zu 100.000 BWP (ca. 8.100 US-Dollar) oder einer Gefängnisstrafe von fünf Jahren bestraft. Das Gesetz verbot die Veröffentlichung von Informationen mit der Absicht, die Öffentlichkeit über COVID-19 zu täuschen, oder Informationen über die Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Ausbreitung des Virus.

Es wurde angenommen, dass mehrere Personen entweder nach dem Emergency Power Act oder nach dem Strafgesetzbuch angeklagt wurden, weil sie ihre Meinung geäußert hatten. Zum Beispiel wurde Justice Motlhabane, der Sprecher der Oppositionspartei Botswana Patriotic Front, am 16. April von der Polizei festgenommen, weil er „die Führung erniedrigt und verleumdet“ hatte, nachdem ihm vorgeworfen wurde, auf Facebook behauptet zu haben, dass der Präsident den Ausnahmezustand verlängern werde "mit seinen politischen Rivalen und Geschäftskonkurrenten umzugehen". Richter Motlhabane teilte Journalisten mit, dass er bei dieser und mehreren anderen Gelegenheiten in Polizeigewahrsam durch einen Stromschlag gefoltert wurde.

## **Journalisten**

Am 18. Juni wurden die Journalisten David Baaitse und Kenneth Mosekiemang von Geheimdienstagenten festgenommen, nachdem sie ein Gebäude fotografiert hatten, das mit der Direktion für Geheimdienste und Sicherheit, dem nationalen und internationalen Geheimdienst, verbunden war. Nachdem sie eine Nacht in Gewahrsam verbracht hatten, wurden sie freigelassen und wegen „allgemeiner Belästigung“ angeklagt, die nach dem Strafgesetzbuch mit einer Geldstrafe von bis zu 5.000 BWP (432 US-Dollar) oder einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren geahndet wird.

## **Todesstrafe**

Botswana verhängte weiterhin Todesurteile und führte Hinrichtungen durch Erhängen durch, für Verbrechen einschließlich Mord. Es war der einzige Staat im südlichen Afrika, der Hinrichtungen durchführte.